

Der Finanzausgleich blieb hart umkämpft und wurde zu einem der umstrittensten Themen zwischen den Parteien. Selbst die Darstellung der Zahlen war umstritten: während die Vertreter der VU von einer Kürzung von zwei bis drei Millionen sprachen und die hohe Gesamtsumme in Relation dazu stellten, redete die FBP von einer Kürzung um 20 Prozent.

Die FBP nannte die Änderung die Korrektur eines Irrtums, die VU nannte sie eine Anpassung an veränderte Verhältnisse. Zu diesen Argumentationen gehörten die unterschiedliche Einschätzung der finanziellen Situation des Landes, welche traditionell in den Budgetdebatten angesprochen wurde. Die FBP betonte eher pessimistisch die schwierige Situation mit den unsicheren Einnahmen und steigenden Ausgaben, wohingegen die VU die Situation positiv darstellten. Diese unterschiedlichen Einschätzungen werden in den Debatten des Landtages noch oft vorkommen.

Auch inhaltlich änderte sich vieles. Man kritisierte auch direkt Abgeordnete. Herbert Kindle schien die Aufgabe übernommen zu haben, die Vorlage im Parlament zu vertreten. Sein Einsatz war für das Parlament wahrscheinlich sehr ungewöhnlich. Einen solchen Diskussionsstil kannte man bis anhin kaum.

### **7.5.3 Teuerungsanpassungen 1973**

1973 fand erneut eine kleinere Vorlage den Weg in den Landtag. Zentraler Punkt war die Anpassung der Progression an die Teuerung. Man verwies auf die Parameter aus der Vorlage von 1969. Die erste Anpassung an die Teuerung geschah 1965.

#### *Die erste Lesung*

In den Eintretensreden von Johann Beck (VU), Emanuel Vogt (FBP) und Anton Gerner (FBP) war die Sorge um niedrige Einkommen und den steigende Abgaben das Hauptmotiv. Beck lobte die Berücksichtigung des Arbeitnehmerverbandes, bemängelte aber, dass nicht alle Abzüge der Teuerung angepasst werden - aufgrund der geplanten Reform des Steuersystems, wie es im Bericht der Regierung hiess. Er nannte diese Vorlage „Flickwerk“.<sup>298</sup> Ungerechtigkeiten würden nicht behoben sondern behandelt. Emanuel Vogt wünschte zusätzlich eine jährliche Anpassung der Teuerung. Anton Gerner nahm ebenso den Wunsch einer Totalrevision des Steuergesetzes auf und verwies auf die

---

<sup>298</sup> Ltp vom 27.11.73, S. 575.